

Wie unpolitisch kann und darf Sport sein? - IOC, UEFA und Co. im Spannungsfeld zwischen Sportsgeist, wirtschaftlichem Interesse, Politik und Moral

Ridder, Wolfram

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ridder, W. (2012). Wie unpolitisch kann und darf Sport sein? - IOC, UEFA und Co. im Spannungsfeld zwischen Sportsgeist, wirtschaftlichem Interesse, Politik und Moral. *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 61(3), 385-392.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-96473-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Wie unpolitisch kann und darf Sport sein?¹

IOC, UEFA & Co. im Spannungsfeld zwischen Sportsgeist, wirtschaftlichem Interesse, Politik und Moral

Wolfram Ridder



Wolfram Ridder studiert Politikwissenschaft an der FAU Erlangen-Nürnberg und arbeitet derzeit an einer Masterarbeit zur Medienberichterstattung im Vorfeld des Irakkrieges von 2003

Im Verlauf des 20. Jahrhunderts lassen sich zahlreiche Beispiele für das unklare Verhältnis von Sport und Politik finden. Man denke etwa an die Olympischen Spiele von 1936 in Berlin oder an die Fußball-Weltmeisterschaft von 1978, die im damals von einer Militärjunta regierten Argentinien durchgeführt wurde, sowie an die politische Instrumentalisierung der Olympischen Spiele von 1980 in Moskau und 1984 in Los Angeles, welche von den USA bzw. der Sowjetunion wechselseitig boykottiert wurden.

Bereits hier lässt sich die Frage erörtern, weshalb etwa die Olympischen Spiele im nationalsozialistischen Deutschland von Ländern wie Großbritannien, den USA oder Frankreich nicht boykottiert wurden angesichts der Tatsache, dass sowohl die deutschen Intentionen im Bezug auf die politische Instrumentalisierung der Spiele durchaus bekannt waren bzw. sein konnten als auch im Hinblick darauf, dass Hitler-Deutschland sich bereits zu diesem Zeitpunkt zahlreiche Verbrechen zu Schulden hatte kommen lassen.

In der Tat hatte es im Vorfeld der Olympischen Spiele von Berlin angesichts der Verabschiedung der Nürnberger Rassengesetze 1935 oder der Remilitarisierung des Rheinlandes 1936 zahlreiche Stimmen in den USA gegeben, welche für einen Boykott eintraten. Hitlers Lippenbekenntnisse, dass sich die deutsche Reichsregierung bei der Organisation der Olympischen Spiele in vollem Umfang an die Regeln des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) halten würde, waren nur zum Teil geeignet, das Misstrauen abzubauen.

Politische Sympathien für Polit-Show?

Hitler sollte den Verzicht auf einen US-Boykott schließlich einem US-Amerikaner verdanken, der Jahrzehnte später nochmals eine tragende Rolle bei Olympischen Spielen inne haben sollte; dieser Mann, Avery Brundage, der bei den Olympischen Spielen 1972 in München durch den Satz „*The Games must*

„go on“ zweifelhafte Berühmtheit erlangte, wird in einem Beitrag zu „Zeitgeschichten“ auf Spiegel Online wenig nachsichtig beurteilt:

„[Bei der Vergabe der Olympischen Spiele nach Berlin im Jahr 1931] war die deutsche Demokratie noch halbwegs intakt, doch zwei Jahre später kamen die Nazis an die Macht und das IOC forderte die neue deutsche Regierung auf, sich zur Einhaltung der olympischen Regeln zu bekennen. Insbesondere solle Deutschland allen Rassen und Konfessionen freien Zugang zu den Mannschaften gewähren.

Hitler gab die geforderten Lippenbekenntnisse ab, doch die beeindruckten nicht jeden. Vielmehr gewann die internationale Boykottbewegung gegen Olympia in Nazideutschland noch an Intensität. Durch die Verabschiedung der Nürnberger Rassengesetze im September 1935 erhielt sie weiteren Auftrieb. Vor allem das „Fair Play Movement“ in den USA hatte viele Unterstützer. Avery Brundage, der Präsident des amerikanischen NOK, erkannte, dass auf der entscheidenden Versammlung der „Amateur Athletic Union“ (AAU) die Mehrheit für einen Boykott der Spiele in Berlin stimmen würde. Daraufhin ließ er die Abstimmung verschieben, trommelte über Nacht weitere Delegierte herbei und setzte sich am nächsten Tag mit 58 gegen 56 Stimmen durch.

[...] Nach seinem Abstimmungssieg wurde [Brundage] auch in das IOC aufgenommen und dafür der bisherige amerikanische Vertreter Ernest Lee Jahnke, Sohn von deutschen Einwanderern und Anhänger der Boykottidee, hinausgeworfen. Auch der amerikanische Botschafter in Berlin war gegen die Teilnahme seines Landes an den Spielen, doch Brundage walzte alle Widerstände nieder und berichtete nach einer Deutschlandreise wahrheitswidrig, es gebe keine Behinderungen für jüdische Sportler. Tatsächlich kam kein einziger in die deutsche Olympiamannschaft.“

Spiegel Online, 17.3.2008. <http://tinyurl.com/2y3mns>

Über die genauen Motive von Avery Brundage herrscht bis heute Unklarheit; so wird Brundage etwa im britischen „Independent“ als „ancient IOC emperor, anti-semite and Nazi sympathiser“ (<http://tinyurl.com/dxkzsf6e>) bezeichnet und bei den „Daily News“ wird er als eine Person dargestellt, „who admired Hitler and infamously replaced two Jewish sprinters on the 4-by-100 relay team because it could have further embarrassed Hitler if they won“ (<http://tinyurl.com/ct56vak>). Allerdings werden im Bezug auf den Austausch der Läufer in der US-amerikanischen 4 x 100m Staffel auch andere, nicht-politische Motive Brundages diskutiert (so etwa bei David Clay Large: *Nazi Games: The Olympics of 1936*, W. W. Norton, 2007, S. 240–243).

Ob nun bei Brundage tatsächlich ideologische oder etwa persönliche Motive – immerhin setzte Brundage nach seinem „Erfolg“ im Hinblick auf die Nicht-Boykottierung der Olympischen Spiele von Berlin zu einem weiteren steilen Aufstieg im IOC an – den Ausschlag für die energische Parteinahme zu Gunsten Hitler-Deutschlands gaben, wird sich wohl nicht mehr abschließend klären lassen; als gesichert kann aber wohl angenommen werden, dass die Vereinigten Staaten nach den unrühmlichen Erfahrungen von 1936 sich einer weiteren solchermaßen politisierten und ideologisierten Veranstaltung nicht unterziehen wollten. Es liegt daher die Vermutung nahe, dass der sowjetische Einmarsch in Afghanistan 1979 ein höchst willkommener Grund war, die Olympischen Spiele von 1980 zu boykottieren:

Sport im Kalten Krieg

„1980 in Moskau waren von den 146 vom IOC anerkannten NOKs nur 81 dabei, 42 Länder boykottierten, 23 nahmen aus anderen Gründen nicht teil. Ende 1979 hatten sowjetische Truppen Afghanistan besetzt. Am 12. April beschloss das NOK der Vereinigten Staaten auf immensen Druck von Präsident Jimmy Carter den Olympia-Boycott. Am 15. Mai schloss sich das deutsche NOK an, nachdem sich der Bundestag einmütig für ein Fernbleiben ausgesprochen hatte.“

FAZ vom 17.3.2008 <http://tinyurl.com/bsoforg>

Der SPIEGEL betonte bereits zeitnah in seiner Berichterstattung, dass die deutsche Bundesregierung sowie das deutsche Nationale Olympische Komitee (NOK) keineswegs selbst umfassende politische und grundsätzliche Bedenken gegen eine deutsche Teilnahme hatten, sondern dass eindeutig Erwägungen im Sinne der Bündnissolidarität zentral für die politischen Entscheidungsträger waren sowie, dass der Boycott in Deutschland keineswegs unumstritten war:

„Wider Willen und wider bessere Einsicht, doch zur Solidarität mit den Amerikanern gezwungen, beschloß das Bundeskabinett [...], dem NOK den Boycott der Olympischen Spiele in Moskau zu empfehlen. Das Parlament konnte nicht anders, stimmte dafür. Doch die meisten Sportler, denen der Appell gilt, wollen nach Moskau. Die Diskussion im Kabinett über den Boycott der Olympischen Spiele war am vergangenen Mittwoch schon beendet, da meldete sich mit ernster Miene Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel noch einmal zu Wort. Der sonst so kühle juristische Kanzlerberater hatte diesmal keine fachlichen Bedenken anzumelden. Innerlich bewegt, wie die Runde spürte, trug er eine große Sorge vor. [...] Die Empfehlung der Regierung an die deutschen Sportler, den Moskauer Spielen wegen der Sowjetinvasion in Afghanistan fernzubleiben, sei gewiß unvermeidlich, leitete Vogel ein. Und wie die Kollegen sehe auch er die Notwendigkeit der Solidarität mit den Vereinigten Staaten. Aber er halte es für seine Pflicht, fuhr der Minister fort, auf die ungewöhnliche Tragweite dieser Entscheidung hinzuweisen. Er denke dabei nicht einmal so sehr an die Reaktion der sowjetischen Führung, sondern an die Gefühle des russischen Volkes.“

<http://tinyurl.com/c9spkul>

Wie vom damaligen Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel vorausgesagt, fiel die sowjetische Reaktion harsch aus; unter dem – eher fadenscheinigen – Verweis auf angebliche Sicherheitsbedenken nämlich erklärte die Sowjetunion, die anschließenden Olympischen Spiele von Los Angeles 1984 ebenfalls zu boykottieren.

Politikblindheit des Sports?

Die Diskussion über die Frage „Wie unpolitisch kann und darf Sport sein“ sei nun anhand dreier Beispiele aus der etwas jüngeren und der jüngsten Vergangenheit – Peking 2008, Bahrain 2011/2012 und Ukraine 2012 – nachgezeichnet; es zeigt sich, dass dieses Spannungsverhältnis für Medien, Politik, Öffentlichkeit und Sportverbände auch im 21. Jahrhundert noch immer eine ungelöste und diskussionswürdige Problematik darstellt.

Im Vorfeld der Olympischen Spiele von Peking 2008 ging „Zeit Online“ (1.4.2008) bereits recht kritisch mit der Position der IOC-Vertreter ins Gericht:

„Egal, was in Tibet noch geschieht, wie viele Demonstranten noch verprügelt oder getötet, wie viele Mönche noch eingesperrt oder drangsaliert werden – bei den Olympischen Spielen in Peking wird eine deutsche Mannschaft antreten. Das hat der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) am Ostermontag in einer »Entschliebung« ultimativ verkündet. So schnell kann man das Wort Boykott gar nicht aussprechen, wie der DOSB-Präsident Thomas Bach und sein Geschäftsführer, der frühere Grünen-Politiker Michael Vesper, den olympischen Gastgebern nach dem Munde reden.

Welche politische Macht hat der Sport? Die olympischen Funktionäre antworten darauf so, wie es ihnen gerade in den Kram passt. Die beiden Koreas drängt man, unter einer gemeinsamen Flagge bei den Spielen anzutreten – als wenn das keine politische Demonstration wäre. Der damalige IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch betrieb die Vergabe der Spiele an Peking vor allem mit dem Argument, Olympia könne eine Stadt »oder sogar ein Land« verändern. Als Sportminister des spanischen Diktators Franco war er mit den Funktionsweisen totalitärer Staaten offenbar bestens vertraut.

Nur einen guten Monat nach dem Zuschlag für Peking erklärte Samaranchs Nachfolger, der jetzt amtierende IOC-Chef Jacques Rogge, dass seine Organisation kein »Wachhund« sei für die Einhaltung der Menschenrechte in China. In seinem jüngsten Statement hat er eine neue Formulierung für die Flucht aus der politischen Verantwortung gefunden: ‚Die Olympischen Spiele sind eine Kraft des Guten. Sie sind ein Katalysator für Veränderungen, kein Heilmittel für alle Krankheiten‘. Den sportpolitischen Eiertanz beherrscht er nach sieben Jahren derart perfekt, dass er ihn glatt zur 29. olympischen Sportart erheben sollte, mit ihm selbst als Goldhoffnung.“

<http://tinyurl.com/ct9gamf>

Auch im „Tagesspiegel“ ergriff man noch 2007, also deutlich vor Beginn der Spiele von Peking, dezidiert Partei für diejenigen, welche Olympia durchweg eine politische Rolle im Bezug auf die Förderung der Menschenrechte zugeschrieben:

„Trotz der Olympischen Spiele in einem Jahr verletzt die Regierung in Peking systematisch die Menschenrechte, sagt Human Rights in China (...). HRiC-Asiendirektor Brad Adams kritisierte, dass von einem vorolympischen Pekinger Frühling mit größeren Freiheiten und Toleranz nichts zu spüren sei.“

tinyurl.com/c3pk8m4

Die Lebenslügen des Sports: unpolitisch und nichtkommerziell

Mit sogenannten „Lebenslügen im Sport“ räumte der Vizepräsident des IOC, der Deutsche Thomas Bach, im Vorfeld der Spiele von Peking auf, als er in einem Interview (13.7.2008 mit Welt-online) auf die unrühmlichen Spiele von 1936 angesprochen wurde:

„Der Sport hat in der Vergangenheit unter zwei Lebenslügen gelitten, die ihn an den Rand seiner Existenz gebracht haben: Sport hat mit Geld nichts zu tun, und Sport hat mit Politik nichts zu tun. Das ist beides absoluter Unsinn. Kehrt man es unter den Tisch, kommt es zu Auswüchsen. Man muss die politischen Implikationen im Auge haben, aber politische Neutralität wahren, soweit es möglich ist.“

<http://tinyurl.com/ctnu9ll>

So lobenswert die Offenheit auch sein mag, so scheint es dennoch, dass sich derartige Gewissheiten noch nicht bis zu den Vertretern anderer Sportarten herumgesprochen haben. Beispielhaft hierfür könnten etwa die Vertreter der Formel 1 genannt werden. So wurde der Grand Prix von Bahrain, der aufgrund der Niederschlagung eines Volksaufstandes 2011 noch abgesagt wurde, entgegen aller Proteste im Jahr 2012 durchgeführt. Die „Financial Times Deutschland“ schrieb hierzu am 21.4.2012:

„Die Proteste vor dem Grand Prix in Bahrain reißen nicht ab – und die Kritik am Schweigen der Formel 1 zur Unterdrückung in dem Königreich wird immer lauter. Doch obwohl nach Zusammenstoßen zwischen Oppositionellen und Sicherheitskräften ein Toter gefunden wurde, verteidigte Automobil-Weltverbandschef Jean Todt erneut das für Sonntag geplante Rennen. „Das ist gut für den Sport“, sagte der Franzose am Samstag an der Strecke von Sakhir dem britischen Sender BBC. „Wir sind kein politisches Organ, sondern ein sportliches.“

tinyurl.com/d9635o2

Sie sagen „Sport“ und sie meinen „Geld“

Erhebliche Kritik fand sich u. a. auch im Onlineauftritt der „Süddeutschen Zeitung“ (22.4.2012):

„Ungeachtet der Proteste fand in Bahrain wie geplant das Training für das Formel-1-Rennen am Sonntag statt (...). Im Vorfeld hatte es viel Kritik an der Ausrichtung der Veranstaltung in Bahrain gegeben. Dem Königreich wird vorgeworfen, mit dem Grand Prix sein international umstrittenes Ansehen verbessern zu wollen. Am Freitag hatten Tausende für eine Demokratisierung der Golfmonarchie und gegen das Formel-1-Rennen am Sonntag demonstriert (...). Die Formel-1-Verantwortlichen und die Fahrer lehnten auf dem Bahrain International Circuit in Sakhir bislang klare Worte zu dem Konflikt ab. Chefvermarkter Bernie Ecclestone erklärte: „Wir sind nicht hier, um uns in die Politik einzumischen.“ Weltmeister Sebastian Vettel hatte gesagt: „Unser Job ist der Sport, sonst nichts.“ Zudem bezeichnete der 24-Jährige die Berichte über die Lage in Bahrain als „großen Hype“.“

tinyurl.com/cr5m6k5

Genau diese Äußerung von Sebastian Vettel griff man bei „The Independent“ (21.4.2012) auf und schrieb:

„The Arab Awakening came to Bahrain a year ago, a majority Shia people demanding a democratically elected government – with a minority Sunni monarch still at its head, for heaven’s sake, as generous an Arab Spring as you could find – and it’s met with police gunfire, torture and death. And Master Vettel – is there anything left of the old cliché „moral compass“? – claims „it’s a lot of hype“. What a disgraceful man.“

Der Autor des Beitrages, Robert Fisk, wird sogar noch deutlicher:

This is politics not sport. If drivers can't see that, they are the pits.

tinyurl.com/bw2apy9

Die „Grenzen der Moral beim Rennzirkus in Bahrain“ thematisierte man bei „RP Online“ am 21.4.2012:

„Reifen, Auspuff, Asphalttemperatur – jedes Thema ist den Teams und Piloten in der Wüste von Sakhir recht, um sich nur nicht zur Debatte um den umstrittenen Grand Prix in der Sakhir-Wüste äußern zu müssen. „Wir als Sport sind nicht politisch“, sagt Chefvermarkter Bernie Ecclestone – und gibt damit die Losung vor. Die meisten Fahrer folgen dieser Maxime. „Ich will den Sport nicht mit der Politik mischen“, erklärte Rekordweltmeister Michael Schumacher. Und doch ist die Formel 1 allein durch ihre Reise nach Bahrain Teil einer politischen Kontroverse geworden. Seit einem Jahr demonstriert die schiitische Bevölkerungsmehrheit des Landes gegen das sunnitische Königshaus, verlangt Reformen und die Freilassung von politischen Gefangenen. Im Vorjahr wurde das Wüstenrennen wegen der blutigen Unruhen gestrichen.

Dass der Internationale Automobilverband diesmal am Grand Prix festhält, macht die Opposition in Bahrain wütend. So werde ein falsches Bild von Normalität in Bahrain in alle Welt transportiert. Doch FIA-Präsident Jean Todt verpasste die Gelegenheit, ein klares Signal zu senden. „Natürlich gibt es unschöne politische Aspekte, aber das ist überall in der Welt so. Außerdem geht es bei uns um Sport“, richtete der Franzose aus.“

Die Gründe für das geradezu zwanghaft anmutende Beharren auf der politischen Neutralität des Sports stellte man bei „RP Online“ im weiteren Verlauf wie folgt dar:

„Auf der Suche nach neuen Märkten und frischen Millionen für den Rechte-Inhaber CVC nahm es [Bernie Ecclestone; W. R.] schon immer nicht ganz so genau mit moralischen Standards. Geld ist der wichtigste Treibstoff der Formel 1. Auch für die beteiligten Konzerne geht es um ihre wirtschaftlichen Interessen, auch in der Bahrain-Frage. Für Ferrari und Daimler ist die Region ein wichtiger Absatzmarkt für Luxusautos. Beim McLaren-Team ist Bahrain sogar 50-prozentiger Teilhaber.

Zudem fühlen sich die Rennställe an die Verträge mit Ecclestone gebunden, bei einem Startverzicht drohen saftige Bußgelder. Weil die Heimatländer der Teams keine Reisewarnungen aussprachen und damit der Versicherungsschutz gewährleistet ist, fehlte eine weitere mögliche Hintertür. Und so reiste die Formel 1 an den Golf, mitten hinein in einen brodelnden Konflikt – und mit mehr als ein paar Kratzern im Glitzer-Image.“

tinyurl.com/d7hrs6v

Beharrliche Blauäugigkeit

Ähnliche enge Verbindungen zwischen Sportfunktionären bzw. ihren Interessen und der Wirtschaft mit fragwürdigen Folgen für die Veranstaltung von sportlichen Großereignissen thematisierte eine deutsche Olympionikin von 2008 in einem Interview mit „Zeit Online“ am 14.10.2008, die Fechterin Imke Duplitzer:

„Mich stören diese Regeln, diese Kommerzialisierung ohne Grenzen. Das IOC spricht immer vom olympischen Gedanken und stellt sich als Wertewahrer der olympischen Idee dar. So ist es aber nicht. Das IOC hat klar wirtschaftliche Interessen und richtet die Spiele eine Verkaufsshow aus. Das hat sich in den vergangenen Jahren verstärkt.“

<http://tinyurl.com/d2dhp74>

Ganz ähnlich wie im Bezug auf den Grand Prix auf Bahrain 2011 und 2012 verliefen die Diskussionen rund um die Fußball-Europameisterschaft, bei der die Ukraine Co-Gastgeber war. So verteidigte etwa der UEFA-Präsident Michel Platini die „unpolitische Linie der UEFA“ im Bezug auf den Umgang der

ukrainischen Justiz mit Ex-Ministerpräsidentin Julia Timoschenko. Hierüber berichtete „Spiegel Online“ (23.5.2012) wie folgt:

„Uefa-Präsident Platini hat die unpolitische Linie seines Verbandes in der Diskussion um die Menschenrechte in der Ukraine verteidigt (...). Auch künftig will der Franzose politische Erwägungen bei den Bewerbungen ausschließen. Einen Mindeststandard in Menschenrechtsfragen als Bedingung lehnt er ab (...). Die Uefa werde sich auch in Zukunft nicht in politische oder religiöse Belange einmischen. Er habe die Regierung in der Ukraine auf die Sorgen in Bezug auf den Umgang mit Timoschenko hingewiesen. Aber die Reaktion ist klar: ‚Kümmern Sie sich um Ihren eigenen Kram. Das ist nicht Ihr Zuständigkeitsgebiet, das ist ein Problem der ukrainischen Justiz.‘, sagte Platini. Einigen Politikern warf [Platini; W. R.] Unglaubwürdigkeit vor. ‚Ich kann Ihnen die damaligen Reaktionen zeigen, als die EM an Polen und die Ukraine vergeben wurde. Alle haben applaudiert und die Öffnung zum Osten begrüßt.‘“

tinyurl.com/cbfnvga

Der Historiker Jörg Baberowski dagegen ging in einem Interview mit der taz am 27.6.2012 hart ins Gericht mit Platini und dessen „unpolitischer Linie“:

„Die Uefa hat wirtschaftliche Interessen. Herrn Platini ist es egal, wer in der Ukraine regiert. Oder in Russland. Er würde sich auch mit Putin auf die Ehrentribüne setzen.“

<http://tinyurl.com/c2pwgwgq>

Wenig verwunderlich ist, dass ähnliche Kritik sich auch im Bezug auf die Olympischen Spiele von 2008 nachweisen lässt. Neben dem als eher unrühmlich zu bezeichnenden Auftritt der IOC-Funktionäre, der bereits oben anhand des Berichts bei „Zeit Online“ dargestellt wurde, wurden auch die Interessen von Wirtschaftsunternehmen und ihr Einfluss auf Entscheidungen des Internationalen Olympischen Komitees thematisiert (Tagesspiegel 8.5.2008):

„Der Sportausrüster Adidas gibt sich als Sponsor der Olympischen Sommerspiele in Peking weiter unpolitisch: Die weltweiten Proteste gegen die Tibet-Politik Chinas nehme er sehr ernst, sagte Adidas-Chef Herbert Hainer auf der Hauptversammlung in Fürth. Adidas lasse sich aber nicht in moralische Haftung nehmen: ‚Adidas ist kein politisches Unternehmen und ich bin kein Politiker‘ sagte Hainer. ‚Eine Moral der Rhetorik, die immer nur auf das Handeln der anderen zielt, führt uns definitiv nicht weiter‘ kritisierte er.“

tinyurl.com/cjcolre

Skeptischer Ausblick

Es wäre gewiss vermessen, von sportlichen Großereignissen zu verlangen, dass durch sie politische Reformprozesse begünstigt oder gar hervorgerufen werden könnten. Aber die Verfolgung ihrer Interessen durch die Sportverbände und die Wirtschaft ohne einen Blick auf die Politik und insbesondere die Menschenrechte muss sicherlich als problematisch angesehen und kann nicht mit dem Hinweis auf den vermeintlich unpolitischen Sport schöneredet werden. Es bleibt zu hoffen, dass die Erfahrungen der letzten Jahre hier einen Lernprozess initiiert bzw. befördert haben.

Wie nun genau mit – teilweise erheblichen – demokratischen Defiziten umzugehen ist, kann sicherlich nicht allgemein ausgesagt werden. Dies lässt sich bereits daran ablesen, dass man – wie hier gezeigt – sowohl den Verzicht auf einen Boykott der Spiele von 1936 als auch den erfolgten Boykott der Spiele von 1980 in der Retrospektive als Fehler bzw. als Fehlschlag ansehen muss. Allerdings dürften Verbände wie das IOC, die FIFA oder die UEFA ihre Geschäfte mit autoritären Machthabern künftig nicht mehr schlichtweg durch einen Verweis auf den un- oder apolitischen Sport verteidigen können. Und wie lange etwa Unternehmen es noch riskieren werden, für Veranstaltungen zu werben, denen es aufgrund obskurer Vergabeverfahren in den Augen der Öffentlichkeit an Legitimität mangelt, muss dahin gestellt bleiben.

Das letzte Zitat soll hierbei der „Süddeutschen Zeitung“ (7.8.2009) vorbehalten bleiben, die sich mit den Nachwirkungen der Olympischen Spiele von Peking befasste:

„Die Olympischen Spiele in Peking (...) waren kein Ruhmesblatt in der Geschichte des Sports. Gewiss, organisatorisch hat alles gut funktioniert. In dieser Hinsicht waren es Spiele der Superlative (...). Doch zu welchem Preis! Die olympische Idee, die auch den Menschenrechten verpflichtet ist, wurde in Peking in Frage gestellt. Das Versprechen der Organisatoren vor Vergabe der Spiele, dass deren Ausrichtung auch die Menschenrechte in China verbessern würde – es wurde nicht eingelöst (...). Das IOC sollte dies aber nicht einfach so hinnehmen. Es wäre gut beraten, die Einhaltung gewisser Menschenrechtsstandards bei Ausschreibung der Spiele zur Bedingung zu machen.“

<http://tinyurl.com/cx2ccz6>

Es ist sicherlich Thomas Bach beizupflichten, der weiter oben mit den Worten zitiert wurde, dass Sport und Politik sowie Sport und wirtschaftliche bzw. finanzielle Interessen nie getrennt waren und dass eine derartige Trennung illusionär und nie verwirklichtbar wäre. Mehr Offenheit sowie neue bzw. umgestaltete Verfahren zur Postenbesetzung und bei der Vergabe von Veranstaltungen allerdings wären sicherlich ein Ziel, das aller Ehren wert wäre und dem Sport als „schönster Nebensache der Welt“ durchaus viele und – angesichts der unhaltbaren Umstände – notwendigerweise geführte Diskussionen ersparen könnte.

Anmerkung

- 1 Auf alle in diesem Beitrag angegebenen Internetquellen wurde letztmals am 30.07.2012 zugegriffen.